



Verkehr

Ausbau des Mautsystems
flächendeckende, fahrleistungs-, tageszeit- und fahrzeugtyp-abhängigen Straßenmaut für den Personen- und Güterverkehr. Güterverkehr ab 500 Kilometern verpflichtend auf die Schiene

Tempolimits 100/80/30
Reduzierung der Tempolimits auf Autobahnen auf 100 km/h, auf Freilandstraßen auf 80 km/h und im Ortsgebiet auf 30 km/h

Keine fossilen Förderungen
Ökosoziale Steuerreform soll reale Kosten des Verkehrs abbilden, Abschaffung kontraproduktiver (d. h. fossiler) Subventionen



Gebäude

Leerstandsabgabe
Ein effektives, zentrales System für Leerstands- und Brachflächenmanagement inklusive einer bundesweiten Bepreisung

Bauwirtschaft
Graue Emissionen (aus dem Bauprozess, aus der Herstellung und dem Transport von Baumaterialien und deren Entsorgung) im Gebäudebereich sind zu minimieren und das Prinzip der Kreislaufwirtschaft im Bauwesen ist zu etablieren

Ende für fossiles Heizen
Fossil betriebene Heizungen durch solche auf Basis erneuerbarer Energien ersetzen, Sanierungen ausbauen



Abfall & Kreislauf

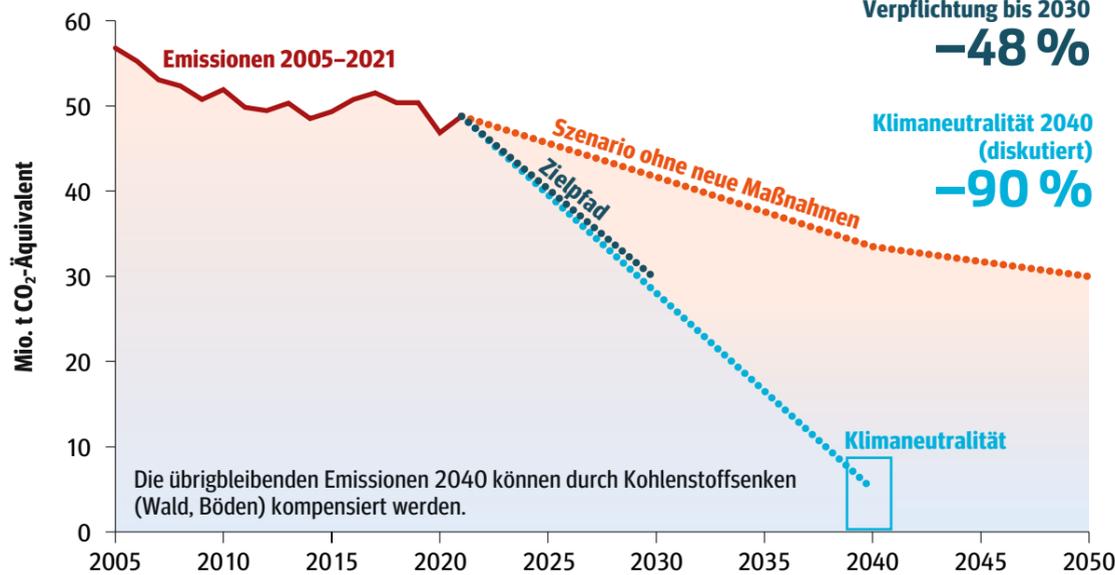
Müllverbrennung
Carbon Capture and Storage (CCS), also das Abfiltern von Kohlendioxid aus den Schloten von Müllverbrennungsanlagen für nicht-vermeidbaren Abfall, hat ein hohes Potenzial, Treibhausgase einzusparen. Nötig wird aber auch ein flächendeckendes und konsequentes Treibhausgas-Monitoring

Mehrweg statt Einweg
Erhöhung der Mehrweg-Quote bei Getränkeverpackungen

Rohstoff-Rückgewinnung
Industrielle Rückgewinnung von Rohstoffen aus Abfällen; Kreislaufwirtschaft auch am Bau fördern

ÖSTERREICHS TREIBHAUSGAS-EMISSIONEN: ZIELE & SZENARIEN

Alle Sektoren: Energie, Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft, Abfall. Ausgenommen ist die Industrie, die im EU-Handelssystem Klimaziele bis 2050 hat



KURIER Grafik: Breineder

Quelle: Umweltbundesamt

Reduktion der Treibhausgase ohne neue Maßnahmen bis 2030 **-35%**

Verpflichtung bis 2030 **-48%**

Klimaneutralität 2040 (diskutiert) **-90%**



Landwirtschaft

Reduktion der Rinderbestände
In der Landwirtschaft ist eine Reduktion der Tierbestände, insbesondere von Rindern (ausgenommen Weidewirtschaft auf Almen), wichtigste Voraussetzung für eine deutlichere Reduktion der Treibhausgas-Emissionen. „Tierhaltung wird auch in Zukunft aller Voraussicht nach ein wichtiger Teil der Landwirtschaft bleiben“, so die 55 Forscher

Schutz der Biodiversität
Eine Reduktion des Nutzungsdrucks auf den Wald birgt erhebliches Potenzial für negative Emissionen durch die Erhöhung der CO₂-Senke und bietet gleichzeitig Synergien für den Schutz der Biodiversität

„Österreich muss etwas machen, sonst wird es teuer“

Nationaler Klimaplan. 55 Forscher haben alle Stellungnahmen auf Sinnhaftigkeit analysiert. Das sind die Empfehlungen

VON **BERNHARD GAUL**

Wie soll Österreich die Klimaziele 2030 und 2040 erreichen, um etwaigen Strafzahlungen in Milliardenhöhe zu entgehen?

Mit den bisher umgesetzten Maßnahmen verfehlt die Republik schon das Klimaziel 2030 deutlich: Nötig ist eine Reduktion der Treibhausgase um 48 Prozent, laut Umweltbundesamt-Prognose würden aber nur minus 35 Prozent erreicht. Diese Lücke von 13 Prozentpunkten muss diese oder die nächste Regierung durch Maßnahmen dringend schließen.

Abgebildet ist das alles im Nationalen Klima- und Energieplan (NEKP). Zu diesem gab es im Vorjahr eine öffentliche Konsultation, Klimaministerin Leonore Gewessler bat dabei, neue, realistische und effektive Vorschläge zum Klimaschutz zu machen, um die Lücke zu schließen. 100 Stellungnahmen von Bürgern, Gebietskörperschaften, Interessensvertretungen, Unternehmen und von wissenschaftlichen Einrichtungen trudelten ein.

Diese 100 Stellungnahmen mit insgesamt 1.408 konkreten Maßnahmen haben nun 55 Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen analysiert und nach Sinnhaftigkeit und Effektivität priorisiert. Einen Teil der Ergebnisse finden Sie auf dieser Seite. Wesentlich dabei ist, dass die Regierung noch bis Juni Zeit hat, einen umfassenden Klimaplan, der unser Klimaziel 2030 zumindest theoretisch erfüllt, nach Brüssel an die EU-Kommission zu schicken. Dieses Vorhaben birgt ein enorm großes, politisches Konfliktpotenzial: Kaum eine (größere) Partei wird wohl gerne mit der Forderung nach einer allgemeinen Temporeduktion, einer flächendeckenden Maut oder dem Ansehen, den (viel zu hohen) Fleischkonsum zu reduzieren, in

zwei Wahlkämpfe (EU-Wahl, Nationalratswahl) ziehen wollen.

„Österreich muss ja etwas machen, sonst kommt aus Brüssel ein kostspieliges Strafverletzungsverfahren. Was wir als Wissenschaftler dazu beitragen können, ist, eine Klärung in die vielen Vorschläge zu bringen, und das eben von möglichst neutraler Seite“, erklärt Karl Steininger vom Wegener Center der Uni Graz im Gespräch mit dem KURIER. „Wir bewerteten, welche Maßnahmen besonders wirkungsvoll sind und welche weiteren Rahmenbedingungen und Begleitmaßnahmen wir brauchen. Das stellen wir Wissenschaftler bereit, um den politischen Prozess zu unterstützen und zu erleichtern, damit man sich auf etwas einigen kann.“

Wie geht es weiter?

Und was soll nun mit dem 319-seitigen Dokument passieren? Steininger: „Wir haben im Bericht eine klare Zielrichtung, wie ein klimaneutrales System aussieht und andererseits ganz konkrete Maßnahmen, wie wir dorthin kommen. Unsere Hoffnung ist, dass das Aufzeigen und auf den Tisch legen der Bewertung von Maßnahmen, die aus ganz Österreich eingebracht wurden, dem politischen Prozess hilft zu sagen: Wir brauchen zur Erreichung der EU-Klimaziele neue Maßnahmen – und wie man diese erreichen kann. Weil es kann nicht unser Ziel sein, Emissionszertifikate aus anderen EU-Ländern zu kaufen.“

Karl Steininger, Leiter des Wegener Center



Manche der vorgeschlagenen Maßnahmen, wie etwa eine Temporeduktion im Straßenverkehr, sind bei der Bevölkerung allerdings nicht sehr populär, erklärte Benjamin Schemel vom Institut für ökologische Ökonomie der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien. Laut einer Gallup-Umfrage gäbe es eine „sehr starke Resistenz“ gegen Temporeduktionen im Straßenverkehr, wie auch gegenüber einem Ende von Neuzulassungen bei Verbrennungsmotoren. Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Radwege würde aber mehrheitlich begrüßt.

Die Reaktionen zur Arbeit der Wissenschaftler fällt gemischt aus: „Mit dieser Bewertung ist die Grundlage für eine wissenschaftsbasierte Klimapolitik gelegt, wie sie auch dem Pariser Klimavertrag entspricht“, urteilte Karl Schellmann von WWF Österreich.

Anleitung

Jasmin Duregger von Greenpeace sieht gar eine „detaillierte Anleitung, auf welche Klimaschutzmaßnahmen die Regierung am besten setzen kann“. Und Katharina Rogenhofer vom Kontext-Institut für Klimafragen, meint: „Diese Analyse schafft Klarheit beim Fokussieren auf jene Instrumente, die wirkungsvoll sind und umgehend angegangen werden müssen.“

Reaktionen anderer Parteien stehen noch aus. Ob Steininger fürchtet, dass die Vorschläge nur Stoff für den Wahlkampf sein werden? „Daran habe ich jetzt weniger gedacht, sondern eher an das nächste Regierungsprogramm. Wir müssen ja die Ziele erreichen – und diese Aufgabe muss gesellschaftspolitisch ausgehandelt werden.“



Gesundheit

Mehr Grün, weniger Fleisch
Zur Erreichung einer nachhaltigen Ernährung sind der Übergang zu überwiegend pflanzenbasierter Ernährung, die Erarbeitung eines Masterplans zur nachhaltigen Ernährung und das Reformieren der Ernährungspyramide notwendig. Auch eine strategische Preisgestaltung von Lebensmitteln und klimafreundliche Speisepläne in öffentlichen Küchen müssen umgesetzt werden, so die Experten

Bevölkerung besser informieren
Um Bewusstsein zu schärfen, muss das Nicht-Handeln (Folgen für die Gesundheit wie die Volkswirtschaft) messbar gemacht werden



Weitere Maßnahmen

Grüne Joboffensive
Das österreichische Aus- und Weiterbildungssystem soll modernisiert werden und zu einem Vorreiter für zeitgemäße Bildung (für Nachhaltige Entwicklung) gemacht werden. Gleichzeitig soll die ökosoziale Transformation gefördert werden. Derzeit wird sie durch Fachkräfte- und Kompetenzmangel gebremst

Akzeptanz für Maßnahmen
Einführung eines „Erfolgsmonitorings“, Maßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz der vorgeschlagenen Maßnahmen und die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich Älterer und Personen mit besonderen Bedürfnissen